

Beschluss

## **Merkel stoppt EU-Klimapolitik – stoppen wir Merkel!**

Die europäische Klimaschutzpolitik steckt in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Konservative und Liberale haben im Europaparlament die dringend erforderlichen Reparatur des europäischen Emissionshandels schon im Ansatz gestoppt. Damit bleibt das zentrale Instrument der EU-Klimapolitik auf absehbare Zeit ohne Wirkung. Der Preis für Verschmutzungsrechte ist viel zu niedrig, um Anreize für Investitionen in saubere Technologien zu setzen.

Die Folgen dieses Politikversagens sind dramatisch: Die Braunkohle boomt während hocheffiziente Gaskraftwerke stillstehen. Die EEG-Umlage steigt, weil Wind- und Sonnenstrom mehr Unterstützung brauchen, um mit der künstlich verbilligten Kohle konkurrieren zu können. Und im Bundeshaushalt fehlen Milliarden Erlöse, die für die Finanzierung der Energiewende und den internationalen Klimaschutz eingeplant waren.

Für den Niedergang des Emissionshandels trägt Bundeskanzlerin Merkel maßgebliche Verantwortung. Bundeswirtschaftsminister Rösler hat die Emissionshandels-Reform offen bekämpft und Merkel ließ ihn gewähren. Mit stillschweigender Billigung der Kanzlerin stimmten am Ende Dreiviertel der Europa-Abgeordneten ihrer Partei gegen den Klimaschutz. Während von Kalifornien über China bis nach Australien neue Emissionshandelssysteme entstehen, lässt Merkel das europäische Modell kaputt machen.

Damit wird die Bundestagswahl am 22.09. auch zu einer Richtungsentscheidung über die Zukunft des Klimaschutzes. Wir GRÜNE kämpfen für die überfällige Anhebung des EU-Klimaziels auf mindestens 30%- Emissionsminderung bis 2020. Für eine drastische Verknappung der Verschmutzungsrechte. Und für eine grundlegende Reform des Emissionshandels, die CO<sub>2</sub> einen angemessenen Preis gibt und die Kohleverstromung zurückdrängt.

Die Krise des Emissionshandels hat Großbritannien mit dazu bewogen, einen nationalen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis festzulegen. Die Niederlande haben eine Abgabe auf Kohlestrom eingeführt. Die französische Regierung diskutiert eine nationale CO<sub>2</sub>-Steuer. Als Europa-Partei bedauern wir GRÜNE, dass die Lähmung der EU eine solche Renationalisierung des Klimapolitik erzwingt. Solange aber eine europäische Lösung blockiert ist, muss auch Deutschland national vorangehen und handeln. Gleichzeitig werden wir uns für eine gemeinsame Regelung möglichst vieler EU-Staaten einsetzen. Wir wollen die europäische Klimapolitik, die Merkel ruiniert hat, wieder aufbauen.

Es ist Zeit, dass Deutschland wieder Vorreiter und Antreiber wird beim Klimaschutz!

Es ist Zeit für den grünen Wechsel!